PAZIFIK-INFORMATIONSSTELLE

Dossier Nr. 62

Postfach 68, Hauptstraße 2
91561 Neuendettelsau
Germany

Dezentralisierung oder Entkolonisierung?

Die Evolution des politischen Status der französischen Überseegebiete im Pazifik

Autor: Lorenz Gonschor, Tübingen
Datum: Juni 2002

Titelbilder:

Oben: Die französische Nationalflagge und die Territorialflagge von Französisch-Polynesien nebeneinander am Hafen von Papeete. Die beiden Flaggen symbolisieren den politischen Status Französisch-Polynesiens als autonomes Gebiet innerhalb der französischen Republik und wehen seit 1984 vor allen öffentlichen Gebäuden. (Foto Lorenz Gonschor)

Unten: Das nach dem ermordeten kanakischen Unabhängigkeitskämpfer Jean Marie Tjibaou benannte kanakische Kulturzentrum *Centre Culturel Jean-Marie Tjibaou* in Nouméa, Neukaledonien. Es wurde 1998 von dem Stararchitekten Renzo Piano erbaut und von Frankreich als symbolische Geste an die Kanaken im Rahmen des Nouméa-Abkommens finanziert. Es gilt somit als Symbol des Abkommens von Nouméa. (Foto entnommen von <www.elcroquis.es/elcroquis/numeros/ num92/elcroquis92_17.htm>)

Einführung

Trotz der Entkolonisierung des größten Teils der Welt besitzt Frankreich bis heute zahlreiche überseeische Gebiete in vielen Teilen der Welt, die üblicherweise als DOM-TOM zusammengefasst werden. Es handelt sich dabei einerseits um überseeische Departements (*Départements d'outre-mer*, Abk. DOM), die formell den Departements des Mutterlands gleichgestellt sind, sowie Gebiete mit einem jeweils speziellen politischen Status, die alle ursprünglich als überseeische Territorien (*Territoires d'outre-mer*, Abk. TOM) bezeichnet wurden, im Laufe der Zeit aber teilweise andere Statusbezeichnungen bekamen. Unter letztere Kategorie fallen auch die französischen Besitzungen im Pazifik, die im folgenden behandelt werden sollen. Es handelt sich dabei um die drei Gebiete Neukaledonien, Französisch-Polynesien sowie Wallis und Futuna. In den beiden ersten fanden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts starke soziale Wandlungsprozesse[1] statt, in dessen Folge es insbesondere in Neukaledonien zu schweren Konflikten kam. Schließlich erhielten die beiden Gebiete nach und nach einen politischen Status, der über die Dezentralisierungsmaßnahmen im französischen Mutterland weit hinausgeht, allerdings auch von einer politischen Unabhängigkeit noch weit entfernt ist. Das Problem der weiteren politischen Entwicklung dieser Gebiete liegt im Spannungsfeld zwischen zwei verschiedenen Standpunkten: Aus französischer Sicht handelt es sich um überseeische Teile Frankreichs mit einem gewissen politischen Sonderstatus, deren politische Entwicklung als besondere Dezentralisierungsmaßnahme verstanden wird. In der Sichtweise der unabhängigen Nachbarstaaten im Pazifiks sowie einem großen Teil der einheimischen Bevölkerung der französischen Gebiete selbst wird Frankreich dagegen weiterhin als Kolonialmacht betrachtet und die weitere politische Entwicklung dieser Gebiete mit dem Ziel der Unabhängigkeit von Frankreich als notwendige Entkolonisierung gefordert.

Ziel der vorliegenden Arbeit soll es sein, die bisherige politische Entwicklung der beiden Gebiete darzustellen und Überlegungen über deren zukünftigen politischen Status anzustellen. Nach einer knappen landeskundlichen Einführung soll zunächst die geschichtliche Entwicklung der beiden Gebiete bis in die 60er Jahre des 20. Jahrhunderts in ihren Gemeinsamkeiten und Unterschieden kurz dargestellt werden. Anschließend wird auf die jüngere Entwicklung der beiden Gebiete, die schließlich zu Spannungen unterschiedlicher Intensität führte, eingegangen. Weiterhin werden die von Frankreich erlassenen Lösungsversuche, die am Ende zu speziellen Autonomieabkommen führten, präsentiert und sowohl von der französischen als auch der pazifischen Sichtweise kritisch bewertet. Am Ende sollen die Perspektiven der weiteren politischen Evolution und eventueller Unabhängigkeit der beiden Gebiete erörtert und kommentiert werden.

I. Kurze Landeskunde

Französisch-Polynesien[2] besteht aus der Hauptinsel Tahiti, auf der über die Hälfte der Bevölkerung lebt und auch die Hauptstadt Papeete liegt, sowie etwa 120 äußeren Inseln, die auf einem Meeresgebiet der Fläche Mitteleuropas verstreut liegen. Insgesamt haben die Inseln eine Landfläche von etwa 3500 km², das entspricht etwa der Hälfte der Fläche Korsikas. Die Einwohnerzahl wurde im Jahre 2001 auf etwa 230 000 geschätzt. Neukaledonien hat

---

[1] Das dritte französische Territorium im Pazifik, die beiden Inseln Wallis und Futuna, erfuhr keine vergleichbaren kolonialen Wandlungsprozesse und blieb bis heute eine traditionelle polynesische Gesellschaft, über die Frankreich faktisch nur eine Art Protektorat ausübt. Da es dort praktisch keine Tendenzen zur Veränderung des politischen Systems gibt, wird das Gebiet im folgenden auch nicht behandelt werden. Allerdings spielt es indirekt eine Rolle, da ein großer Teil seiner Bevölkerung nach Neukaledonien auswanderte und dort in den politischen Konflikten involviert ist (siehe Kapitel VIII).

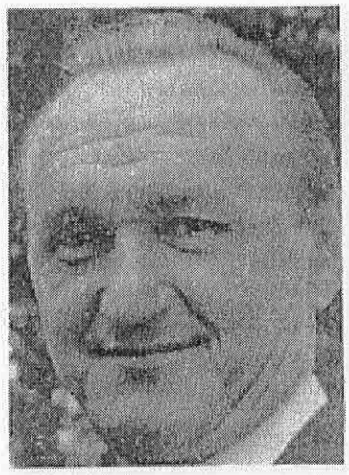
[2] Den offiziellen Namen „Französisch-Polynesien" (*Polynésie française*) trägt das Gebiet seit 1957, zuvor lautete es „Französische Besitzungen in Ozeanien" (*Établissements français de l'Océanie*). Informell wird es dagegen meistens nach der Hauptinsel als „Tahiti und seine Inseln" (*Tahiti et ses îles*) bezeichnet. Die indigene nationalistische Bewegung nennt es meistens nach der Eigenbezeichnung der indigenen Bevölkerung „Maohi-Land" (*Te Ao Maohi* auf tahitianisch).

etwa gleich viel Einwohner, aber die Landesnatur unterscheidet sich deutlich von Französisch-Polynesien: Neukaledonien besteht vor allem aus einer für pazifische Verhältnisse ziemlich großen Hauptinsel (etwa 400 km lang, ca. 19 000 km², was zwei Dritteln der Fläche Belgiens entspricht) und nur wenigen vorgelagerten Nebeninseln, von denen nur sechs bewohnt sind. Die Bevölkerung konzentriert sich vor allem auf das südöstliche Ende der Hauptinsel, wo sich die Hauptstadt Nouméa befindet.

II. Historische Entwicklung bis in die 60er Jahre

In beiden Gebiete begann die koloniale Besitznahme durch Frankreich Mitte des 19. Jahrhunderts, wobei es in beiden Gebieten starken Widerstand der Einheimischen gab, der endgültig in Französisch-Polynesien erst um 1900 und in Neukaledonien sogar erst 1917 zerschlagen werden konnte (Scemla 1995:33; Robie 1989:86-90; Jadin 1994b:5). Die koloniale Gesellschaft entwickelte sich jedoch in den beiden Gebieten sehr unterschiedlich: In Neukaledonien wurde die als Kanaken[3] bezeichnete einheimische melanesische Bevölkerung in Reservate verdrängt und das Land von französischen Siedlern sowie freigelassenen Strafgefangenen (Neukaledonien war zeitweise Strafkolonie) erschlossen. Als billige Arbeitskräfte für die Siedler wurden Asiaten ins Land geholt. In Französisch-Polynesien dagegen hielt sich die Zahl der französischen Siedler und asiatischen Hilfsarbeiter in Grenzen. Die einheimische Bevölkerung, die sich als Maohi bezeichnet, wurde nicht wie in Neukaledonien marginalisiert, sondern vermischte sich mit den europäischen und asiatischen Einwandern, so dass dort eine ethnisch gemischte, aber relativ homogene Gesellschaft entstand (Jadin 1994a:3-4; 1994b:3-4).

Mit der Gründung der IV. Republik nach dem zweiten Weltkrieg wurden alle französischen Kolonien formell in TOM umgewandelt (Jadin 1994b:5-6), was bedeutete, dass all ihre Einwohner französische Staatsbürger wurden, eine gewählte Versammlung eingerichtet wurde und jedes TOM einen Abgeordneten in die Pariser Nationalversammlung entsenden durfte (Regnault 1996: 36-38). Damit war aus französischer Sicht die Entkolonisierung erledigt, da die Bevölkerung der Kolonien nun formell mit der des Mutterlandes gleichgestellt war. Die TOM gelten seitdem als integraler Teil Frankreichs mit einigen rechtlichen Sonderregelungen. Dementsprechend wurden auch alle französischen Kolonien von der Liste der zu entkolonisierenden Territorien bei der UNO gestrichen (Tavini Huiraatira 1997:7). Faktisch bestand das Kolonialsystem jedoch weiterhin, da die gewählte Versammlung praktisch keinerlei Vollmachten hatte und alle Macht in den Händen des von Paris ernannten Gouverneurs verblieb. In Neukaledonien erhielten die Kanaken in klarer Verletzung der Pariser Vorgaben sogar erst im Laufe der 50er Jahre nach und nach das Wahlrecht. (Jadin 1994b: 5-6 Regnault 1996) Aus diesen Gründen wurde in beiden Gebieten schnell Unzufriedenheit laut, die sich in verschiedenen Aktionen des zivilen Ungehorsams äußerte. Es bildeten sich in beiden Gebieten politische Parteien, die sich zunächst für größere Autonomie und insbesondere in Neukaledonien für die Gleichberechtigung der indigenen Bevölkerung einsetzte. In Neukaledonien war dies unter der Führung des Franzosen Maurice Lenormand (Abb. links) die *Union Calédonienne* (UC) [„Kaledonische Union"], in Französisch-Polynesien der *Rassemblement Démocratique des Populations Tahitiennes* (RDPT) [„Demokratische Sammlungsbewegung der tahitianischen Bevölkerung"] unter Führung des Tahitianers Pouvanaa a Oopa. (Abb. nächste Seite rechts). Beide Bewegungen fanden im Laufe der 50er



[3] Der Begriff leitet sich aus dem hawaiianischen Wort *kanaka* (Mensch) ab und wurde zu einer abwertenden Bezeichnung der Europäer für die indigene Bevölkerung des gesamten Pazifiks sowie später diverser anderer Gebiete der Welt. Die einheimische Nationalbewegung Neukaledoniens übernahm diesen Begriff ab den 70er Jahren und kehrte seine Bedeutung um: In der veränderten Schreibweise *Kanak* statt französisch *Canaque* drückt er das Nationalbewußtsein der Einheimischen aus.

Jahre großen Zulauf und ihre Anführer wurden jeweils zum Abgeordneten ihres Gebietes in Paris. 1956 beschloss die französische Regierung unter Federführung des damaligen Ministers für überseeische Territorien Gaston Deferre[4] ein Rahmengesetz für die Autonomie der TOM. Die Gebiete erhielten nun eine von der Territorialversammlung gewählte Regierung mit einem Vizepräsidenten (Präsident blieb formell der Gouverneur) an der Spitze, die vor allem im sozialen und kulturellen Bereich exekutive Kompetenzen hatte. Lenormand und Pouvanaa wurden Vizepräsidenten der Regierung ihres Gebietes und leiteten verschiedene Reformen ein. Während Lenormand sich zunächst mit einer kontinuierlichen Autonomie für Neukaledonien zufriedengab, setzte sich Pouvanaa in Tahiti für die Unabhängigkeit als Ziel ein (Jadin 1994a:13; Regnault 1996).

Nach Gründung der V. Republik unter Charles De Gaulle wurden einerseits die TOM Afrikas in die Unabhängigkeit entlassen, in den Pazifischen Gebieten dagegen wurde der Autonomiestatus wieder aufgehoben und statt dessen ein autoritäres Kolonialsystem wiedereingeführt. Die beiden Parteiführer Pouvanaa und Lenormand wurden trotz ihrer Immunität als gleichzeitige Pariser Abgeordnete und lokale Vizepräsidenten verhaftet und wegen dubioser Vorwürfe zu Gefängnisstrafen verurteilt; Pouvanaas Partei RDPT wurde verboten. Man sprach in diesem Zusammenhang von einem 20-Jährigen Rückschritt in der politischen Entwicklung (Robie 1989:93). Dieses repressive Verhalten De Gaulles gegenüber den pazifischen TOM hatte strategische Gründe: In Französisch-Polynesien wollte Frankreich nach dem Verlust der Algerischen Sahara Atomtests durchführen, was dann von 1966 bis 1996 auf dem Atoll Moruroa auch geschah. In Neukaledonien ging es darum, für Frankreich den Zugriff auf die dort reichhaltigen Vorkommen (ca. ein Drittel der Weltreserven) des strategisch wichtigen Metalls Nickel zu sichern. (Robie 1989:30; Regnault 1996; 182-83, 197-204).

III. Entwicklungen unter De Gaulle und seinen Nachfolgern

III. 1. Französisch-Polynesien

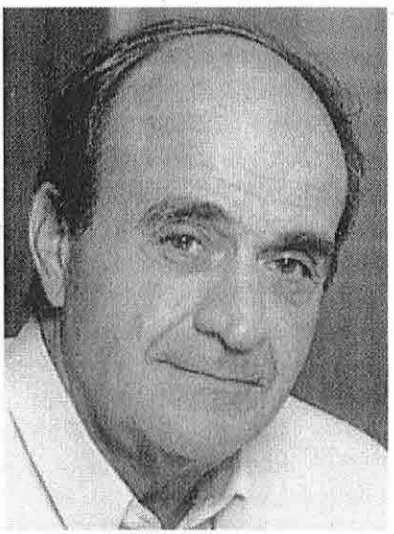
Nach der Zerschlagung der tahitianischen Nationalbewegung und der Inhaftierung ihres charismatischen Anführers Pouvanaa, hatte Frankreich freie Hand, um auf Moruroa sein Atomtestzentrum einzurichten. In diesem Zusammenhang kam es im Laufe der 60er Jahren zu starken sozialen und demographischen Veränderungen, da Frankreich Geld in großen Summen in Französisch-Polynesien investierte, um einerseits die nötige Infrastruktur für die Atomtests zu schaffen, andererseits auch den Widerstand der Polynesier durch importierten Wohlstand zu brechen. In diesem Zusammenhang strömten Tausende von Franzosen als Verwaltungskräfte ins Land, während die Einheimischen nach und nach ihre Subsistenzwirtschaft aufgaben und sich somit ohne jede eigenständige wirtschaftliche Basis eine moderne Konsumgesellschaft ausbildete. Es bildeten sich zwei politische Gruppierungen heraus: einerseits die Nachfolger des RDPT unter der Führung von John Teariki und Francis Sanford (Abb. links), die diesen Prozess aufhalten wollten und sich für die Erhaltung der einheimischen Kultur, gegen die Atomtests und für eine Wiedereinführung der Autonomie einsetzten, andererseits ein

[4] Deferre war später unter Mitterrand für die Dezentralisierung des französischen Mutterlandes 1982 verantwortlich.

lokaler Ableger der gaullistischen Partei unter Gaston Flosse[5], der die neokoloniale französische Politik kompromisslos unterstützte. Bis Anfang der 80er Jahre hatten die Autonomisten eine knappe Mehrheit der Polynesier hinter sich. 1977 erreichten sie von der französischen Regierung schließlich die Wiedereinführung eines Autonomiestatuts, allerdings mit geringeren Vollmachten für die einheimische Regierung als 1956. Francis Sanford wurde zum Vizepräsidenten. Zur gleichen Zeit nahmen allerdings soziale Spannungen immer weiter zu, da sich immer mehr Polynesier in slumähnlichen Vorstädten von Papeete angesiedelt hatten. Es entwickelten sich mehrere radikale politische Parteien, denen die Autonomisten in ihren Forderungen nicht weit genug gingen, und die die volle Unabhängigkeit anstrebten. Deren Stimmen, die auf zahlreiche Splittergruppen zerfielen, fehlten nun den Autonomisten, so dass die Wahlen 1982 von Flosse gewonnen werden konnten, der zudem über die Jahre von Frankreich mit immer großzügigeren Geldmitteln ausgestattet worden war. Flosse hatte allerdings inzwischen sein Programm geändert und setzte sich nun ebenfalls für eine größere Autonomie ein.

III. 2. Neukaledonien

Der Boom des Nickelbergbaus in den 60er und 70er Jahren, der vor allem durch die Rüstung für den Vietnamkrieg ausgelöst wurde (Chappell 1999:377), führte zur Masseneinwanderung von Franzosen sowie von Einwohnern der Inseln Wallis und Futuna. Da in Neukaledonien bereits in der Vorkriegszeit eine große Zahl französischer Siedler lebte, führte diese Masseneinwanderung dazu, dass die einheimischen Kanaken zur Minderheit im eigenen Land wurden. Dies war von Frankreich gezielt so gesteuert wurden, um Neukaledonien dauerhaft kontrollieren zu können. wie ein Brief des damaligen französischen Premierministers Messmer belegt (Robie 1989:268). Während es zunächst kaum organisierten Widerstand gegen diese Politik gab, bildeten sich seit Ende der 60er Jahre unter dem Einfluss der europäischen 68er Bewegung radikale politische Gruppen unter den Kanaken, die für die Unabhängigkeit in einem sozialistischen Staat eintraten. Auch die UC schwenkte schließlich unter ihrem neuen kanakischen Vorsitzenden Jean-Marie Tjibaou (Abb. oben links) auf diese Linie ein. Obwohl diese Gruppen, die sich Ende der 70er Jahre zur *Front Indépendantiste* (FI) [„Front für die Unabhängigkeit"] zusammengeschlossen hatten, die große Mehrheit der Kanaken (und auch einige linksgerichtete französische Siedler) hinter sich hatten, konnten sie sich bei den Wahlen nicht durchsetzen, weil die Kanaken nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung stellten und alle französischen Siedler das Wahlrecht hatten. Deren Partei, der von Jacques Lafleur (Abb. rechts) geführte gaullistische *Rassemblement pour la Calédonie dans la République* (RPCR) [„Sammlungsbewegung für Kaledonien in der Republik"], hinter dem auch etwa ein Fünftel der Kanaken steht, beherrscht seit den 70er Jahren die lokale Politik.



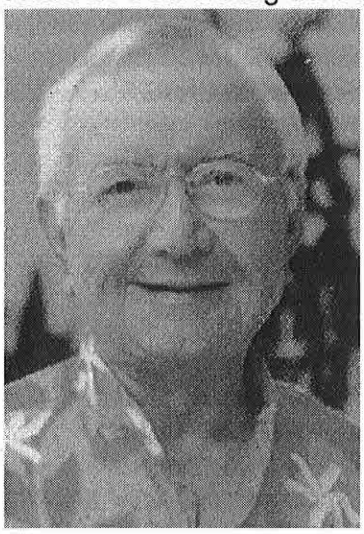
[5] Sowohl Gaston Flosse als auch der zuvor genannte Francis Sanford sind trotz ihrer europäischen Namen Polynesier, haben allerdings auch europäische Vorfahren. Sie sind insofern typisch für die ethnisch vermischte einheimische Bevölkerung Französisch-Polynesiens, wie sie oben beschrieben wurde.

IV. Entwicklungen unter Mitterrand

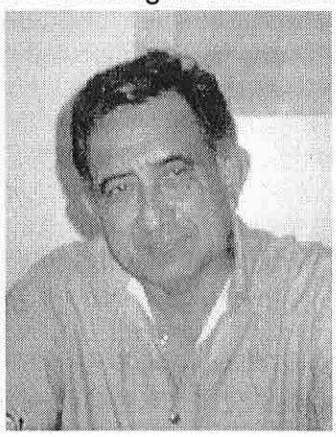
Im Zuge der Dezentralisierungsmaßnahmen im französischen Mutterland Anfang der 80er Jahre unter Mitterrand bekamen auch die TOM im Pazifik mehr Autonomie zugestanden.

IV. 1. Autonomie für Französisch-Polynesien

Um der wachsenden Unabhängigkeitsbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen und damit die Fortführung der Atomtests zu garantieren, handelte die französische Regierung mit



Flosse (Abb. links) 1984 ein Autonomieabkommen aus, nach dem mit Französisch-Polynesien zum ersten Mal einer Gebietskörperschaft innerhalb der Französischen Republik eigene politische Identität mit eigener Flagge (siehe Titelbild) und Hymne zugestanden wurde. Das TOM bekam eine eigene Regierung mit einem Präsidenten an der Spitze, die für einige innenpolitische Bereiche volle Eigenverantwortung hatte. Allerdings blieben zahlreiche Kompetenzen in den Händen des französischen Staates, so dass die Unabhängigkeitsbewegung dies als Verschleierung des fortbestehenden Kolonialismus sah und weiterhin an Stimmen gewann. Flosse konnte allerdings mit diesem System seine persönliche Macht immer weiter ausbauen und wurde dabei wegen seiner die Atomtests befürwortenden Haltung von Frankreich unterstützt. Bis auf ein kurzes dreijähriges Zwischenspiel einer heterogenen Koalitionsregierung aus opportunistischen Splittergruppen Ende der 80er Jahre ist Flosse seitdem ununterbrochen Präsident von Französisch-Polynesien. Nach dem Ende der Atomtests 1996 wurde das Autonomiestatut revidiert und weitere Kompetenzen auf die Territorialregierung übertragen, wodurch Flosse seine Machtfülle noch weiter ausbauen konnte. Aus Pariser Sicht ist damit ein absolutes Maximum an Autonomie erreicht. Die Unabhängigkeitsbewegung sieht dagegen weiterhin den kolonialen Charakter der Organisation des Landes bestehen, da die lokale Versammlung immer noch keine eigenen Gesetze beschließen darf und der französische Staat immer noch verschiedene Schlüsselkompetenzen wie beispielsweise die Einwanderung, das Währungswesen und die Polizei kontrolliert (Tavini Huiraatira 1997:16-19). Trotz aller Hoffnungen von Flosse und de französischen Regierung ließ sich die Unabhängigkeitsbewegung mit den Autonomiemaßnahmen nicht erfolgreich bekämpfen, sondern legte weiter zu: Im Laufe der 90er Jahren konnte sich von den zahlreichen nationalistischen Splittergruppen die *Tavini Huiraatira no Te Ao Maohi / Front de Libération de Polynésie* (Tavini-FLP) [„Diener des Volkes im Land der Maohi / Polynesische Befreiungsfront"] unter Führung von Oscar Temaru (Abb. rechts) als führende Oppositionspartei zu Flosses Regierung herausbilden. Allerdings stellt sie bis heute für Flosse keine ernst zu nehmende Bedrohung dar, da die Mehrheit der Polynesier, verstärkt durch die etwa 15 % französischen Siedler, von Flosses klientelistischem System der Verteilung französischer Hilfsgelder profitiert und deshalb die Unabhängigkeit bisher ablehnt.



IV. 2. Neukaledonien zwischen Konflikten und Lösungsversuchen

a) Konflikte und kurzfristige Lösung unter der sozialistischen Regierung

Auch Neukaledonien sollte 1984 ein erweitertes Autonomiestatut erhalten, allerdings mit dem bisher geltenden Wahlrecht für alle französischen Siedler, so dass davon letztendlich nur die

Siedlerpartei RPCR profitiert hätte. Da Frankreich bei diesem Punkt nicht nachgeben wollte, ließen die Vertreter der kanakischen Unabhängigkeitsparteien, denen Mitterrand vor seiner Wahl die Unabhängigkeit versprochen hatte, die Autonomieverhandlungen platzen. Sie schlossen sich zur *Front de Libération Nationale Kanak et Socialiste* (FLNKS) [„Kanakische Sozialistische Nationale Befreiungsfront"]zusammen um, erklärten Neukaledonien zur unabhängigen „Republik Kanaky" und riefen eine provisorische Regierung unter Tjibaou aus. Daraufhin kam es 1984/85 zu schweren gewalttätigen Auseinandersetzungen mit französischen Sicherheitskräften und militanten Siedlern, bei denen auf beiden Seiten viele Menschen ums Leben kamen.

Um die eskalierende Gewalt zu beenden, einigten sich die Konfliktparteien schließlich 1985 und akzeptierten einen von Paris vorgeschlagenen Friedensplan, der die Aufteilung des Territoriums in vier Regionen vorsah, von denen die Region um Nouméa (in der französische Siedler und andere Einwanderer dominieren) vom RPCR, die ländlichen drei (mit mehrheitlich kanakischer Bevölkerung) von der FLNKS regiert wurden. Der zukünftige Status des Gesamtterritoriums wurde ausgeklammert und auf spätere Verhandlungen vertagt. Zunächst schien sich diese Lösung zu bewähren und weitere Gewalt konnte verhindert werden.

b) Erneute Eskalation in Neukaledonien unter der ersten Kohabitation

Die gaullistisch-konservative Regierung von Premierminister Jacques Chirac, die von 1986 bis 1988 an der Macht war, setzte jedoch alles in Bewegung, um eine mögliche Unabhängigkeit Neukaledoniens zu verhindern. Die von der FLNKS regierten Regionen wurden in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung behindert, Armeeverbände und Sondereinheiten der Polizei in kanakischen Dörfern stationiert, um die Bevölkerung einzuschüchtern. Schließlich wurde ein neuer Plan zur systematischen Ansiedlung von Franzosen erarbeitet und die Grenzen der Regionen so verändert, dass die Siedler überall die Mehrheit stellten. Schließlich wurde 1987 ein Referendum über die Unabhängigkeit abgehalten, bei dem alle französischen Staatsbürger, die in Neukaledonien lebten, also auch jüngst angekommene Neusiedler, teilnehmen durften. Die FLNKS boykottierte das Referendum, so dass schließlich 98 % der Wähler für den Verbleib bei Frankreich stimmten. Diese Politik wurde vor allem von den pazifischen Nachbarstaaten als neokolonialistisch verurteilt, und schließlich überzeugten sie die Generalversammlung der UNO, Neukaledonien wieder auf die Liste der zu entkolonisierenden Territorien zu setzen. In Neukaledonien führte die Politik von Chiracs Regierung zum erneuten Ausbruch gewalttätiger Konflikte zwischen FLNKS und französischen Sicherheitskräften; die Auseinandersetzungen steigerten sich Anfang 1988 bis an die Schwelle eines Bürgerkrieges. Erst die nach der Wiederwahl Mitterrands ernannte sozialistische Regierung unter Premierminister Michel Rocard erreichte in Verhandlungen mit der FLNKS und dem RPCR ein dauerhaftes Friedensabkommen, das Neukaledonien einen besonderen Status gab und mit dem weitere Gewalt verhindert wurde.

V. Ein spezieller Status für Neukaledonien jenseits der republikanischen Norm:

a) Das Abkommen von Matignon 1988

Das nach seinem Entstehungsort, dem Amtssitz des Premierministers in Paris, benannte Abkommen errichtete in Neukaledonien drei Provinzen, nämlich der bevölkerungsreiche Süden um Nouméa, der ländliche Norden sowie die vorgelagerten Inseln. Die Provinzen haben einen eigenen Status als Gebietskörperschaften der Republik, die jeweils eine eigene gewählte Versammlung und eine von dieser gewählten Exekutive besitzen. Die Zuständigkeit der Provinzen liegt vor allem im kulturellen und sozialen Bereich. Ähnlich wie schon bei dem Abkommen von 1985 wurde damit eine Machtbeteiligung der FLNKS erreicht, die in der Nordprovinz sowie in der Provinz der Inseln die Mehrheit stellt, während die Südprovinz mehrheitlich in den Händen des RPCR liegt. Auf der Ebene des Gesamtterritoriums sollte die Regierung dagegen 10 Jahre lang vom französischen Staat geführt werden. Nach 10 Jahren,

im Laufe derer die wirtschaftliche Rückständigkeit der kanakischen Provinzen ausgeglichen werden sollte, sollte ein Referendum über die Unabhängigkeit stattfinden, bei dem aber nur diejenigen Einwohner wahlberechtigt sein sollten, die 1988 schon in Neukaledonien lebten. Für letztere Passage, die das Wahlrecht in einem Teil des französischen Staatsgebiets einschränken sollte, musste die französische Verfassung geändert werden, wozu 1988 in ganz Frankreich ein Referendum stattfand, das im Mutterland auf großes Desinteresse stieß (über 60 % Enthaltungen), aber mit großer Mehrheit zu Gunsten des Matignon-Abkommens ausging. Das Abkommen verhinderte den Ausbruch neuer Unruhen, allerdings gab es auf kanakischer Seite Unmut darüber, dass die Frage der Unabhängigkeit weiter hinausgeschoben worden war. So wurde Tjibaou, der das Abkommen mit Rocard und Lafleur ausgehandelt hatte, 1989 von einem radikalen kanakischen Unabhängigkeitskämpfer unter dem Vorwurf des Verrats ermordet. Der Verlust ihres charismatischen Führers Tjibaou macht der FLNKS bis heute zu schaffen und führte zu zahlreichen internen Streitigkeiten.

Historischer Handschlag zwischen Jacques Lafleur und Jean-Marie Tjibaou nach der Unterzeichnung des Matignon-Abkommens 1988.

b) Das Abkommen von Nouméa 1998

Als das Jahr 1998 näher rückte, wurde der FLNKS immer mehr bewusst, dass es trotz der Beschränkung des Wahlrechts bei dem Referendum keine Mehrheit für die Unabhängigkeit geben würde, zumal bekanntermaßen ein Fünftel der Kanaken gegen die Unabhängigkeit ist. Gleichzeitig machten sich auch im RPCR viele Leute Sorgen über einen erneuten Ausbruch der Gewalt im Falle eines wahrscheinlich knappen Ergebnisses gegen die Unabhängigkeit. Deshalb einigten sich FLNKS, RPCR und die französische Regierung unter Premierminister Lionel Jospin darauf, kein Referendum über die Unabhängigkeit abzuhalten, sondern statt dessen einen Konsens über die Zukunft Neukaledonien zu erreichen (Chappell 1999:382-85). 1998 schlossen sie in Nouméa das nach dieser Stadt benannte Abkommen, das die politische Zukunft Neukaledoniens für 15 bis 20 Jahre regelt.

Zunächst wird in dem Abkommen der französische Kolonialismus als Verursacher der Probleme Neukaledoniens benannt und verurteilt. Die kulturelle Identität der Kanaken und deren Recht auf Selbstbestimmung wird anerkannt (Accord de Nouméa: Préambule). Politisch wird Neukaledonien von einem TOM zu einem POM, das heißt einem *Pays d'outre-mer*, einem überseeischen Land. Zentrale Merkmale dieser Konstruktion sind eine eigene neukaledonische Staatsbürgerschaft (neben der weiterbestehenden französischen) und gesetzgeberische Kompetenzen für den neukaledonischen Kongress, dem aus den drei Provinzversamm-

lungen gebildeten Parlament. Der Kongress wählt auch eine Landesregierung, die sich paritätisch aus Vertretern aller größeren Parteien zusammensetzt und für die Ausführung der Neukaledonien zugeteilten Kompetenzen zuständig ist. Den Provinzen bleibt ihr Aufgabenbereich aus dem Matignon-Abkommen in etwa erhalten. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen französischem Staat und der neukaledonischen Landesregierung fällt in vier Kategorien: A) Kompetenzen, die die Landesregierung ab Inkrafttreten des Abkommens besitzt. B) Kompetenzen, die im Laufe der nächsten 15 bis 20 Jahre auf die Landesregierung übertragen werden. C) geteilte Kompetenzen, die vom französischen Staat in Abstimmung mit der Landesregierung ausgeführt werden, per Beschluss des Kongresses aber auch voll auf die Landesregierung übertragen werden können. Jede Abtretung von Kompetenzen an die Landesregierung ist irreversibel, das heißt, sie kann von Frankreich unter keinen Umständen wieder rückgängig gemacht werden. Kategorie D) sind schließlich die hoheitlichen Kompetenzen (Verteidigung, Polizei, Justiz und Währung), die ausschließlich dem französischen Staat zustehen. Nach Ablauf von 15 bis 20 Jahren sollen die neukaledonischen Staatsbürger dann darüber abstimmen, ob auch die hoheitlichen Kompetenzen an die Landesregierung übertragen werden sollen, womit Neukaledonien seine staatliche Souveränität, also seine Unabhängigkeit von Frankreich, erreicht hätte. Sollte die Mehrheit der Wähler die Unabhängigkeit ablehnen, muss das Referendum noch zweimal wiederholt werden. Erst nach dreimaliger Ablehnung bleibt das Gebiet definitiv unter französischer Oberhoheit. Neben diesen politischen Zugeständnissen sollen auch die kanakischen Sprachen und die kanakische Kultur anerkannt und gefördert werden[6]. Das traditionelle kanakische Recht wird teilweise mit dem französischen gleichgestellt. Auch die Änderung des Landesnamens (in *Kanaky*, wie es die FLNKS wünscht) kann vom Kongress beschlossen werden. (Accord de Nouméa: Document d'orientation; Chappell 1999:385-86)

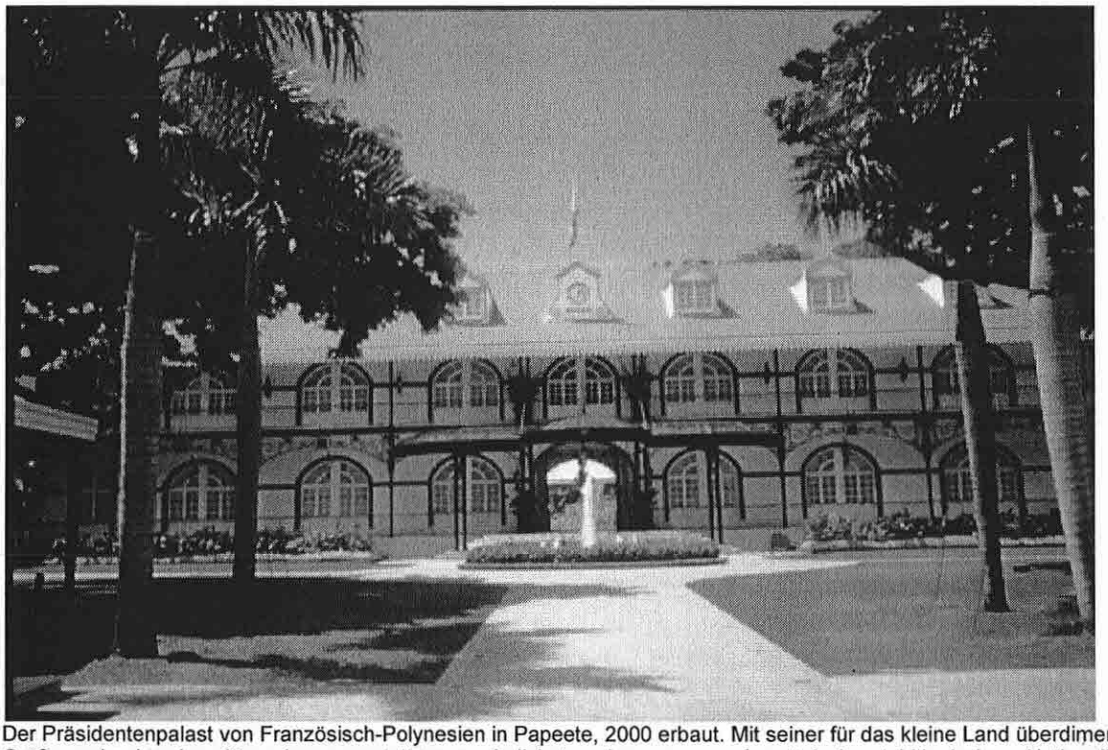
Durch ein Referendum wurde das Nouméa-Abkommen 1998 angenommen und ist seitdem wie vorgesehen in Kraft. Die FLNKS sieht das Abkommen als Garant für die spätere Unabhängigkeit (Chappell 1999:386-88). Allerdings haben diejenigen Passagen des Abkommens, die die Wahlberechtigung für das geplante Referendum im Interesse der Kanaken einschränken sollen, noch nicht alle verfassungsmäßigen Hürden genommen. Während die französischen Sozialisten diesen Prozess abschließen wollen, haben die Gaullisten, die durch die Wiederwahl Chiracs im Mai 2002 gestärkt wurden, angekündigt, die endgültige Umsetzung dieser Passagen blockieren zu wollen, weshalb der RPCR davon überzeugt ist, die Unabhängigkeit doch noch verhindern zu können.

VI. Französisch-Polynesien will nachziehen: Das geplante POM „Tahiti Nui"

Schon im gleichen Jahr, in dem das Nouméa-Abkommen für Neukaledonien beschlossen worden war, meldete Gaston Flosse sein Interesse, einen ähnlichen politischen Status auch für Französisch-Polynesien anstreben zu wollen. Nach seinen Vorstellungen, die mittlerweile seit 1999 als Gesetzesvorlage im französischen Parlament bearbeitet werden, soll Französisch-Polynesien in Zukunft ein POM mit dem Namen *Tahiti Nui* („Groß-Tahiti") werden, ebenfalls mit eigener Staatsbürgerschaft und eigener Gesetzgebungskompetenz. Ähnlich wie im Nouméa-Abkommen soll auch hier Frankreich am Ende nur noch die hoheitlichen Kompetenzen behalten, während für alles andere die Landesregierung zuständig sein wird (Statut de la Polynésie Française; Aboucaya 2000:8-11). Die Inkraftsetzung des neuen Statuts geht allerdings recht schleppend voran. Zudem hat der französische Staat signalisiert, dass im Falle von Französisch-Polynesien nicht so viele Kompetenzen wie in Neukaledonien übertragen werden sollen. Eine Umbenennung in „Tahiti Nui" wird bisher ebenfalls von Frankreich abgelehnt (Sem 1999: 28). Entscheidende Unterschiede zu Neukaledonien sind aber auch das Fehlen demokratischer Mechanismen: Ein Referendum ist weder zur Inkraftsetzung des neuen Statuts noch am Ende einer gewissen Periode zur Abstimmung über die volle Unabhängigkeit vorgesehen. Außerdem wird die Opposition nicht an der Regierung beteiligt und

[6] In diesem Zusammenhang wurde beispielsweise das Tjibaou-Kulturzentrum (siehe Titelseite) erbaut.

schließlich gibt es nach innen in Französisch-Polynesien keinerlei administrative Dezentralisierung, obwohl das Land viel mehr geographisch zersplittert ist als Neukaledonien. Die Tavini-FLP kritisiert deswegen Flosses Vorhaben als Versuch, die Macht in Französisch-Polynesien vollends an sich zu reißen, dabei aber den kolonialen Status quo in seiner Grundproblematik zu erhalten. Statt dessen sollte in Tahiti analog zum Nouméa-Abkommen ein „Abkommen von Tahiti" zwischen französischer Regierung, Gaston Flosse und der Unabhängigkeitsbewegung ausgehandelt werden, in dem die koloniale Schuld Frankreichs an Tahitis Problemen anerkannt wird und eine Perspektive für die Unabhängigkeit geboten wird. Ebenso sollte Französisch-Polynesien auch wieder auf die Liste der zu entkolonisierenden Länder bei der UNO gesetzt werden, denn durch die Tatsache, dass Neukaledonien auf dieser Liste steht, wäre der Druck auf Frankreich dort größer gewesen und habe es zu mehr Zugeständnissen bewegt[7]



Der Präsidentenpalast von Französisch-Polynesien in Papeete, 2000 erbaut. Mit seiner für das kleine Land überdimensionierten Größe und seiner luxuriösen Innenausstattung symbolisiert er den neuen profranzösischen tahitianischen „Nationalismus" von Gaston Flosse.

VII. Zusammenfassende Betrachtung der dargestellten Entwicklung

a) aus französischer Sicht

Bis zum Abkommen von Matignon handelte es sich aus Pariser Sicht bei den beiden behandelten französischen Überseegebieten um Teile des Mutterlandes, deren Probleme mit Dezentralisierungsmaßnahmen zu lösen waren und deren Unabhängigkeit auf jeden Fall verhindert werden musste. Auffällig ist dabei, dass die Gaullisten, wenn sie an der Macht waren, sich stets am stärksten für die Bekämpfung von Unabhängigkeitstendenzen einsetzten (De Gaulle nach seiner Machtübernahme, Chirac während der ersten Kohabitation), während die Sozialisten immer zu gewissen Dezentralisierungsmaßnahmen bereit waren (Deferre Ende der 50er, die sozialistischen Regierungen unter Mitterrand Anfang der 80er Jahre). Als dann aber vor allem die starre Haltung der Gaullisten in Neukaledonien zu immer stärkeren Konflikten führte, begann Paris (nun wieder unter sozialistischer Führung), auf die Unabhängigkeitsbewegung zuzugehen und im Matignon-Abkommen zum ersten Mal das Prinzip der Überseeterritorien als integralem Teil des Mutterlandes teilweise in Frage zu stellen. Das Ab-

[7] So Oscar Temaru in einer Rede vor der Versammlung Französisch-Polynesiens im Mai 2001, die mir als Videoaufnahme vorliegt.

kommen von Nouméa schließlich markiert eine endgültige Wende in der französischen Übersee-Politik, da Frankreich darin die koloniale Natur seiner früheren Politik anerkennt und bisherige Prinzipien der kompletten staatlichen Souveränität über die Überseegebiete aufgegeben werden. Auch die Gaullisten haben im Laufe der 90er Jahren begonnen, ihren kompromisslosen Widerstand gegen Autonomiebestrebungen der Überseegebiete aufzugeben, wie das erweiterte Autonomiestatut für Französisch-Polynesien von 1996 unter Chirac und seinem gaullistischen Premier Juppé zeigt[8]. Allgemein gibt es in den letzten Jahren in Frankreich Tendenzen, allen Überseegebieten, auch den DOM, mehr Autonomie zu geben. Auch Jospins jüngster Vorstoß, Korsika eine ähnlich große Autonomie wie Französisch-Polynesien zu erteilen, fällt in diesen Rahmen (Sem 2000:31-32).

b) aus pazifischer Sicht

Von einen großen Teil der indigenen Bevölkerung der beiden Überseegebiete sowie den Einwohnern der unabhängigen pazifischen Nachbarstaaten werden die beiden Gebiete als letzte Bastionen des europäischen Kolonialismus zwischen lauter längst unabhängig gewordenen Inselstaaten (siehe Anlage) gesehen (Robie 1989:16-18). Die französische Politik wurde dementsprechend abwechselnd als zögerlicher Entkolonisierungsbeginn (Deferre und Mitterrrand) und Neokolonialismus (De Gaulle und Chirac) betrachtet. Insbesondere die Atomtests in Französisch-Polynesien sah man als moderne Form kolonialer Ausbeutung des Pazifiks. Der lautstarke Protest hielt sich allerdings oft in Grenzen, da Frankreich durch großzügige Entwicklungshilfezahlungen die Regierungen der Inselstaaten zu beschwichtigen versuchte (Robie 1989:264) und mit der gleichen Methode die Mehrheit der Bevölkerung Französich-Polynesiens durch Geldtransfers auf einen pro-französischen Kurs gebracht wurde und heute Flosse wählt. Nur in Neukaledonien hielt die Mehrheit der Kanaken an ihrer Haltung für die Unabhängigkeit fest, weshalb die neokolonialistische Politik der Gaullisten sie durch gezielte Einwanderung zur Minderheit im eigenen Land machte. Das Matignon-Abkommen und vor allem das Nouméa-Abkommen markiert in der pazifischen Sichtweise eine Wende, da damit die Unabhängigkeit von Frankreich nicht mehr verurteilt, sondern als legitime Perspektive und im Nouméa-Abkommen sogar als gewünschtes Ziel der politischen Evolution anerkannt wird. Frankreich hat somit in Neukaledonien 1998 einen wirklichen Entkolonisierungsprozess eingeleitet und Jospins Regierung wird deswegen im Pazifik allgemein gelobt. In Französisch-Polynesien allerdings zeichnet sich kein vergleichbarer Prozess ab. Frankreich zieht sich zwar auch dort immer mehr zurück, aber anstatt eines konsensuellen Entkolonisierungsprozesses mit demokratischen Mechanismen errichtet Gaston Flosse unter Ausschluss der Opposition ein mehr und mehr auf seine Person zugeschnittenes autokratisches System, ohne dabei aber die Grundstrukturen des französischen Kolonialsystems, von dem er profitiert und das ihn letztendlich als Politiker erst schuf, zu verändern (Scemla 1995:51; Sem 2000:33). Kritiker werfen zudem Frankreich vor, mit den scheinbaren Entkolonisierungsmaßnahmen seine in Wirklichkeit weiterbestehenden Kolonialambitionen im Pazifik verschleiern zu wollen. Grund dafür könnten neben den Nickelvorkommen Neukaledoniens die Metallvorkommen am Meeresgrund in den 200-Seemeilen-Zonen der beiden Gebiete sein, sowie ein generelles Interesse Frankreichs, aus Prestigegründen in allen Teilen der Welt präsent zu bleiben (Chappell 1999:391).

[8] Allerdings muß man in diesem Fall sagen, daß Chirac und Flosse persönlich befreundet sind und diese Tatsache wahrscheinlich zusätzlich eine Rolle spielt, während die Chirac/Juppé-Regierung sich zur gleichen Zeit in Neukaledonien sehr viel kompromissloser zeigte und Juppé sogar erwog, das im Matignon-Abkommen vorgesehene Unabhängigkeitsreferendum 1998 ersatzlos zu streichen (Chappell 1999: 383) Auch die 1995/96 gegen starke Proteste der Bevölkerung wiederaufgenommenen Atomtests in Französisch-Polynesien hatten Chiracs Ruf als Neokolonialist im Pazifik verstärkt.

VIII. Probleme und Perspektiven der weiteren politischen Entwicklung der beiden Gebiete

Das Abkommen von Nouméa und das geplante neue Statut für Französisch-Polynesien haben gezeigt, dass Frankreich seine Überseegebiete im Pazifik nicht mehr um jeden Preis unter Kontrolle halten will. Der Status als TOM gehört somit für die beiden Gebiete definitiv der Vergangenheit an. Die Alternativen für die Zukunft wären also der POM-Status oder die staatliche Unabhängigkeit. In beiden Gebieten teilt sich die Bevölkerung in Befürworter der beiden Alternativen, allerdings ist die ethnische Zusammensetzung der Unabhängigkeitsbefürworter und –gegner in beiden Gebieten sehr unterschiedlich, was zu unterschiedlichen Problemen führt.

a) Neukaledonien

In Neukaledonien ist die indigene kanakische Bevölkerung mit deutlicher Mehrheit (ca. 80 %) für die Unabhängigkeit. Die französischen Siedlern sind dagegen bis auf einige Ausnahmen pro-französisch. Da die Kanaken im Abkommen von Matignon und Nouméa diesen das Recht, über die Zukunft Neukaledoniens mitzuentscheiden, zugestanden haben, müssen sie nun deren Teilnahme am politischen Leben akzeptieren. Bisher geben die Stimmen der Siedler zusammen mit denen der pro-französischen Kanaken und der meisten asiatischen und polynesischen Einwanderer den pro-französischen Parteien, allen voran dem RPCR, eine Mehrheit. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Stimmenverhältnis bis zum Referendum in etwa 15 Jahren verändert, abgesehen davon, dass die genaue Definition der Wahlberechtigten für dieses Referendum noch nicht feststeht. Einerseits könnte das höhere Bevölkerungswachstum der Kanaken ihnen im Laufe der Zeit wieder größeres politisches Gewicht geben, andererseits könnte man sich auch vorstellen, dass durch die gemeinsame Regierungsverantwortung mit den Kanaken beim Aufbau des Landes auch viele Siedler die Furcht vor der Unabhängigkeit verlieren und sich am Ende für die Übertragung der hoheitlichen Kompetenzen auf die Landesregierung aussprechen. Da aber weder die Kanaken noch die Siedler über 50 % der Bevölkerung stellen, werden vor allem die Stimmen der nichteuropäischen Einwanderer den Ausschlag geben. Die größte Volksgruppe unter diesen stellen die polynesischen Arbeitsmigranten von den Inseln Wallis und Futuna, die während des Nickelbooms in den 60er und 70er Jahren einwanderten. Traditionell unterstützten sie die pro-französischen Kräfte, da sie nur aufgrund der Tatsache ins Land kamen, dass sie französische Staatsbürger sind und Neukaledonien französisches Staatsgebiet ist. In jüngerer Zeit gibt es aber zunehmend Tendenzen unter den Wallisianern, vor allem unter den jüngeren, die teilweise schon in Neukaledonien geboren sind, sich mit den Kanaken zu solidarisieren, um im Falle einer Unabhängigkeit ihr Bleiberecht zu sichern. So trat Mitte der neunziger Jahren eine kleine Partei von Wallisianern in die FLNKS ein (Chappell 1999:379-80;384).

Wirtschaftlich wird Neukaledonien als unabhängiger Staat mit seiner geringen Bevölkerung und einem Drittel der Weltvorkommen an Nickel gut leben können. Allerdings gibt es im Zuge des Nickelbergbaus große Streitigkeiten um Besitzrechte an Minen zwischen französischen Firmen, der kanakischen Regierung der Nordprovinz, die jetzt selbst Nickelbergbau betreibt, und landbesitzenden kanakischen Familien. Zudem ist der Nickeltagebau ökologisch bedenklich und wird deswegen von einigen kanakischen Unabhängigkeitsaktivisten ganz abgelehnt, was teilweise zu internen Streitigkeiten in der FLNKS führt. Auf jeden Fall muss eine Entwicklung wie in anderen Ländern, zum Beispiel im melanesischen Nachbarstaat Papua-Neuguinea, wo sich eine korrupte einheimische Elite gebildet hat, die die Bodenschätze des Landes auf Kosten der Bevölkerung ausplündern lässt, unbedingt vermieden werden.

Ein weiteres Problem für Neukaledonien ist die Nationenbildung insgesamt. Es gilt nicht nur die zahlreichen europäischen und asiatischen Einwanderer in einen kanakischen Staat zu integrieren, auch die Kanaken selbst bilden kein einheitliches Volk und ihr Nationalbewusstsein entstand erst aus dem Widerstand gegen die Franzosen. Es gibt mehr als 20 verschiedene kanakische Sprachen und mehrere unterschiedliche Kulturgebiete. Insofern wird neben

denjenigen Kulturmerkmalen, die allen kanakischen Stämmen gemeinsam sind, französische Sprache und Kultur weiterhin eine wichtige Rolle beim Zusammenhalt Neukaledoniens im Falle der Unabhängigkeit spielen, analog zu vielen frankophonen Staaten Afrikas.

b) Französisch-Polynesien

Im Gegensatz zu Neukaledonien sind in Französisch-Polynesien die indigenen Maohi noch in der Überzahl und stellen etwa 80 % der Bevölkerung, wenn sie auch ethnisch stark durchmischt sind (Chesnaux 1995). Die Mehrheit unter ihnen ist zur Zeit nicht für die Unabhängigkeit, zumindest nicht für die Unabhängigkeitspartei Tavini-FLP. Dennoch ist das Unabhängigkeitspotential nicht unbedeutend, bekam die Tavini-FLP doch auf dem bisherigen Höhepunkt ihres Erfolges Ende der 90er Jahre über 30 % der Stimmen (Tavini Huiraatira 1997:15), wobei die Stammwählerschaft auf etwa 25 % anzusetzen ist. Wenn man die dort wahlberechtigten französischen Siedler abzieht, so kann man sagen, dass etwa ein Drittel der Maohi die Unabhängigkeitsbewegung unterstützt. Aber auch die restlichen zwei Drittel lehnen die Unabhängigkeit nicht alle vehement ideologisch ab, wie dies die meisten französischen Siedler tun, sondern wählen die formell pro-französische Partei von Gaston Flosse, weil sie von dem aus Frankreich kommenden und von Flosse im Land verteilten Geld abhängig sind. Flosse selbst ist nicht aus ideologischen Gründen pro-französisch (obwohl er dies ursprünglich in den siebziger Jahren war), sondern weil sein Land seit den sozialen Umbrüchen während der Atomtests wirtschaftlich völlig von Frankreich abhängig ist. Um diese Abhängigkeit abzubauen, zahlt Frankreich über eine Laufzeit von mehreren Jahren Hilfsgelder an die dortige Regierung, die dazu genutzt werden sollen, die einheimische Wirtschaft aufzubauen Nach Überwindung dieser Abhängigkeit soll Französisch-Polynesien auch nach Flosses Meinung unabhängig werden[9]. Schon jetzt wurden von Flosse „nationale" Symbole für den zukünftigen Staat „Tahiti Nui" geschaffen, wie ein „nationaler" Verdienstorden, eine eigene Fluggesellschaft und ein immenser Präsidentenpalast, in dem Flosse wie ein Fürst residiert. Allerdings werden gerade mit diesen ständig neuen überdimensionierten Prestigeprojekten die französischen Hilfsgelder in immer größerem Umfang verschleudert, wodurch die Abhängigkeit von Frankreich nicht wie angestrebt abgebaut, sondern immer weiter gesteigert wird. Flosse möchte immer mehr Kompetenzen von Frankreich an seine Territorialregierung übertragen haben, benötigt aber gleichzeitig immer höhere Zuschüsse aus Paris. Diese Finanzpolitik und Flosses allgemein immer mehr autokratischer Führungsstil führen zu wachsender Kritik nicht nur von Seiten der Tavini-FLP, sondern auch in zunehmender Weise von pro-französischen Kräften. Die Wähler lassen sich davon aber kaum beeinflussen, da Flosses Klientelsystem ihnen einen vergleichsweise mittelmäßigen Lebensstandard garantiert. Wirtschaftlich ist Französisch-Polynesien tatsächlich derzeit total von französischen Transferzahlungen abhängig, obwohl das Land genügend Ressourcen hätte (zum Beispiel Fischfang in einer 200-Seemeilen-Zone, die so groß ist wie Westeuropa), um die Bevölkerung selbst ernähren zu können, aber da es sich mit dem indirekten Pariser Geldsegen aus Flosses Händen bequemer lebt, wird die Erschließung einheimischer Ressourcen vernachlässigt.

Die Alternative dazu schlägt die oppositionelle Tavini-FLP vor: Sie will das Land durch Inwertsetzung seiner eigenen Ressourcen entwickeln, damit es von Frankreich unabhängig werden kann. Da es aber im Gegensatz zu Neukaledonien kein politisches Abkommen aller Beteiligten gibt, kann die Tavini-FLP ihre Ideen im Gegensatz zur FLNKS nicht mit einbringen und muss sich mit der Rolle des oppositionellen Kritikers zufrieden geben.

Auf kultureller Ebene wäre die Nationenbildung in Französisch-Polynesien dagegen viel einfacher als in Neukaledonien. Die meisten Maohi sprechen die tahitianische Sprache, nur auf einigen äußeren Inseln gibt es eigene Sprachen. Die Tavini-FLP fordert deshalb seit langem, Tahitianisch als Amtssprache einzuführen, was die Regierung von Flosse ebenfalls unterstützt, aber von Frankreich bisher nicht genehmigt wurde (Scemla 1999: 28).

---

[9] So Flosses Sekretär Marcel Tuihani im Gespräch mit mir im Mai 2001.

Die Perspektive für Französisch-Polynesien wäre insofern entweder die Beibehaltung der Abhängigkeit von Frankreich in einem von Flosse autoritär regierten POM oder der Aufbau eines unabhängigen Maohi-Staates, falls die Tavini-FLP eines Tages die Wahlen gewinnen sollte, was zwar unwahrscheinlich, aber durchaus möglich ist, da Unabhängigkeitsbefürworter und –gegner im Gegensatz zu Neukaledonien aus den gleichen Bevölkerungsgruppen stammen (Scemla 1995:51; Sem 1999:29).

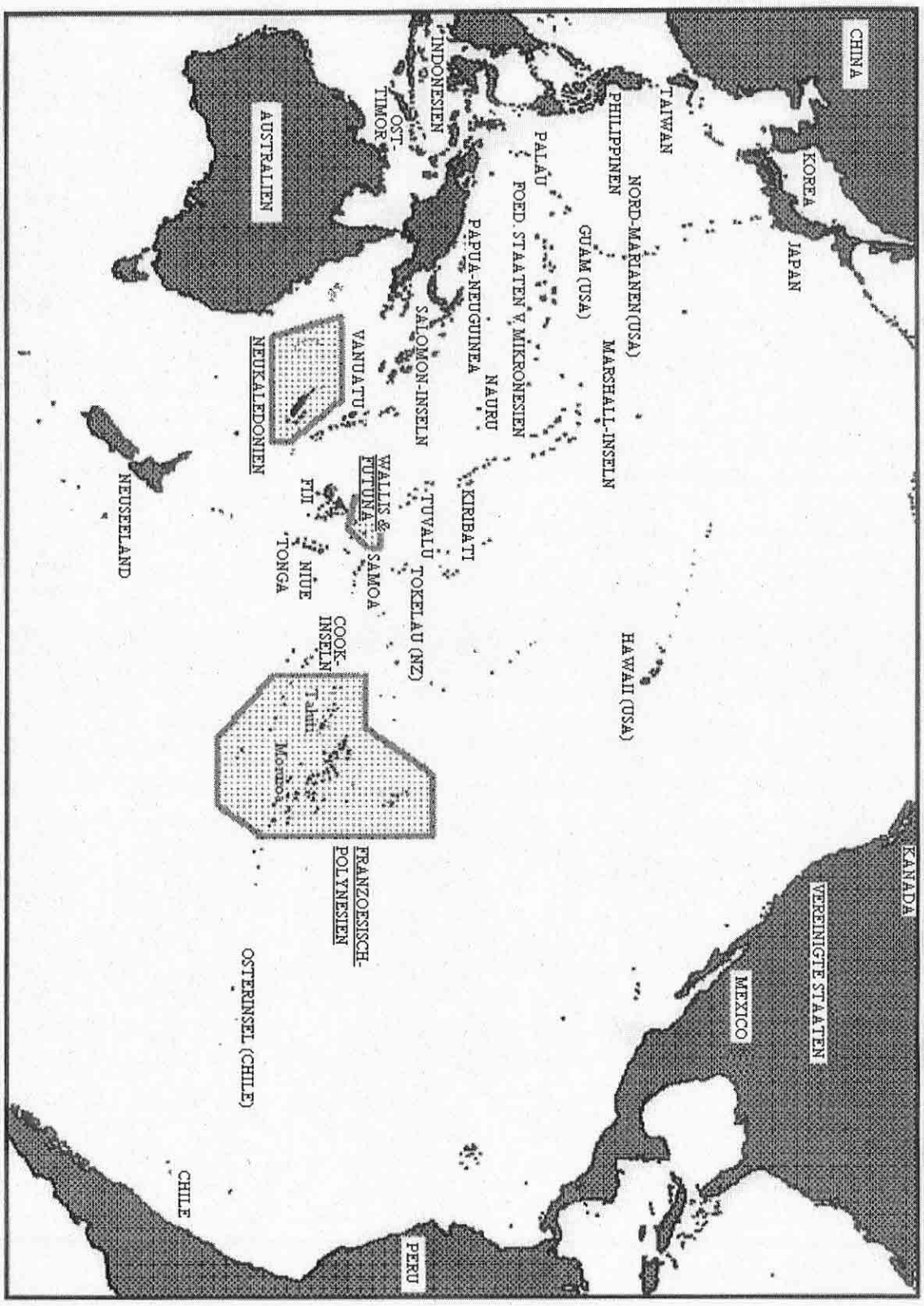
Schlußbemerkung

Frankreich hat seine pazifischen Überseegebiete tatsächlich noch lange als Kolonien behandelt. Die französische Vorstellung von den TOM als Teilen des Mutterlandes war schon deshalb nicht angebracht, weil es sich bei Kanaken und Maohi nicht um Franzosen, sondern um Völker mit eigener Sprache und Kultur handelt, die von Frankreich mit Gewalt unterworfen worden waren. Insofern sind die Bestrebungen dieser Gebiete nach Unabhängigkeit von Anfang an gerechtfertigt gewesen. Die neokoloniale Politik von De Gaulle, durch die die Nationalbewegungen UC und RDPT zerschlagen wurden, sowie die ebenfalls neokoloniale Politik Chiracs in Neukaledonien und aller bisheriger Staatspräsidenten, die bis 1996 in Französisch-Polynesien Atomtests durchführen ließen, fügte den von Frankreich kolonisierten Völkern des Pazifiks weiteren Schaden zu. Insofern ist das Umdenken der Regierung Jospin, wodurch das Nouméa-Abkommen ermöglicht wurde, ein sehr zu begrüßender Schritt.

Es bleibt zu hoffen, dass mit diesem Abkommen eine Lösung für Neukaledonien gefunden wird, die den Kanaken die erhoffte Entkolonisierung bringt und von den eingewanderten Volksgruppen ebenfalls akzeptiert wird. Für Französisch-Polynesien ist dagegen meiner Meinung nach bisher keine befriedigende Lösung gefunden worden. Dezentralisierungsmaßnahmen Frankreichs haben dort nur einer korrupten einheimischen Elite von Profiteuren des Kolonialsystems genützt, welche letztendlich die französische Kolonialpolitik fortführt. Solange Frankreich in Französisch-Polynesien nicht ein ähnliches Abkommen wie in Neukaledonien ermöglicht, werden Tahiti und seine Inseln im Status quo eines autokratisch regierten POM verbleiben und keine Perspektiven einer eigenständigen Entwicklung haben. Man kann nur hoffen, das dies bald geschieht und somit auch für Französisch-Polynesien eine Perspektive der Entkolonisierung gefunden wird.

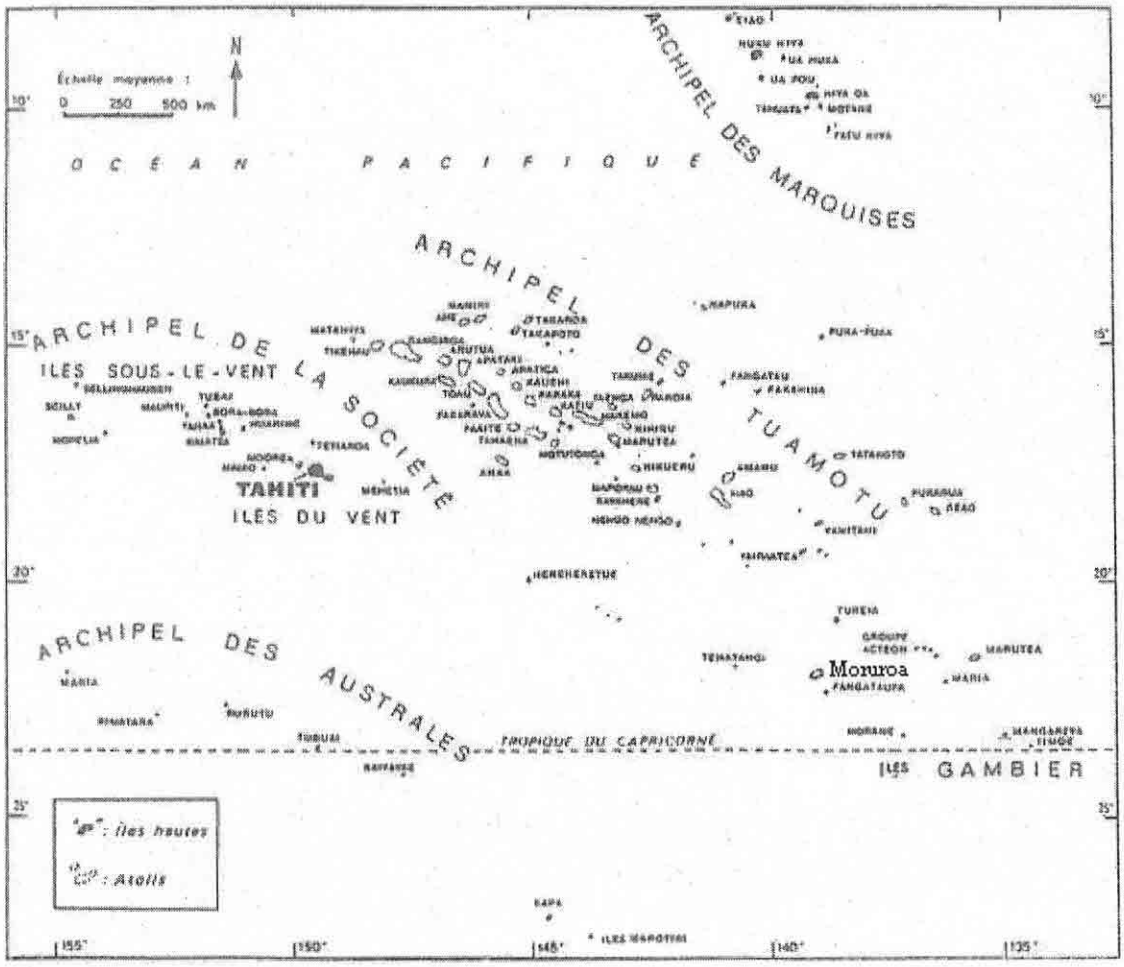
Anlagen

Karte des Pazifikraums mit Hervorhebung der französischen Gebiete

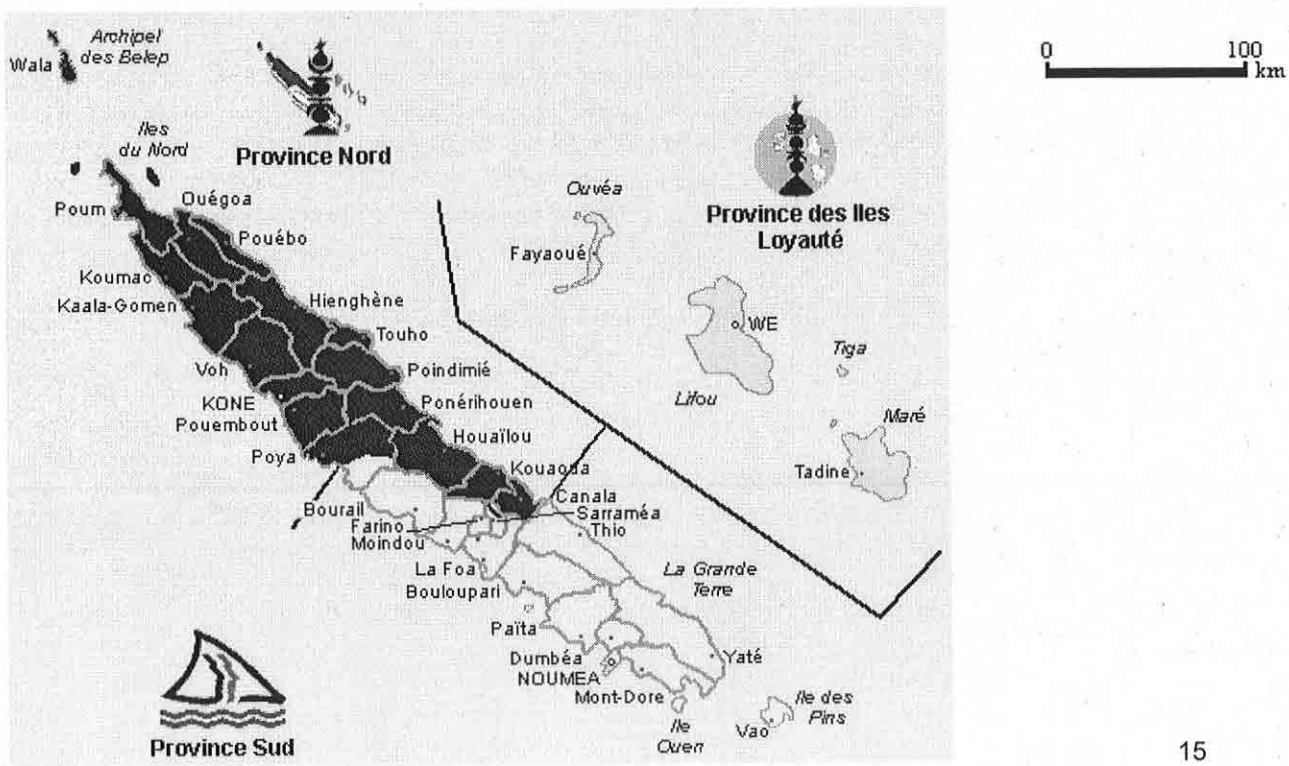


DIE NAMEN DER FRANZOESISCHEN GEBIETE SIND UNTERSTRICHEN

Karte von Französisch-Polynesien (aus: Chesnaux, Jean (Hrsg.)1995.Tahiti après la bombe)



Karte von Neukaledonien mit den Provinz- und Gemeindegrenzen (aus: http://www.gouv.nc)



Bibliographie

- ABOUCAYA, Jean-Louis (Hrsg.) 2000. *Annuaire des Élus de la Polynésie française, édition 2000.* Pirae: Eden Production.
- CHAPPELL, David A. 1999. *The Nouméa Accord: Decolonization Without Independence in New Caledonia?* In: Pacific Affairs, Vol. 72, No.3, S. 373-391.
- CHESNAUX, Jean (Hrsg.) 1995. *Tahiti après la bombe. Quel avenir pour la Polynésie?* Paris: L'Harmattan.
- JADIN, Pierre 1994c. *Die DOM-TOM – Frankreichs integrierte dritte Welt. Probleme und Perspektiven hochsubventionierter und außengesteuerter Entwicklungsgesellschaften am Beispiel von Martinique, Réunion und Französisch-Polynesien.* Dissertation an der Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg.
- JADIN, Pierre 1994a. *Französisch-Polynesien. Eine aktuelle Landeskunde.* Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle. (Dossier Nr. 34)
- JADIN, Pierre 1994b. *Neukaledonien. Eine aktuelle Landeskunde.* Neuendettelsau: Pazifik-Informationsstelle. (Dossier Nr. 35)
- PAZIFIK-INFORMATIONSSTELLE (Hrsg.) 1989. *Kanaken. Ein Südsee-Volk kämpft um sein Volk und seine Kultur.* Neuendettelsau.
- REGNAULT, Jean-Marc 1995. *Des partis et des hommes en Polynésie française. Tome 1: Here Ai'a; la Mana Te Nunaa; Tireo; Tavini.* Papeete: Editions Haere Po No Tahiti.
- REGNAULT, Jean-Marc 1996. *Te Metua. L'échec d'un nationalisme tahitien 1942-1962.* Papeete: Editions Polymages.
- ROBIE, David 1989. *Blood on their banner. Nationalist struggles in the South Pacific.* London: Zed Books Ltd. S. 1-40, 82-140, 256-280.
- SCEMLA, Jean-Jo 1995. *Polynésie française et identité maohie.* In: Chesneaux, Jean (Hrsg.) 1995. Tahiti après la bombe. Quel avenir pour la Polynésie? Paris: L'Harmattan. S. 19-51.
- SEM, Guy 1999: *Rustine constitutionnelle pour la Polynésie française à l'Assemblée nationale.* In: Tahiti-Pacifique magazine No. 99, Juli 1999, S. 28-29.
- SEM, Guy 2000: *Reliquats de l'empire français en quête de statut.* In: Tahiti-Pacifique magazine No. 108, April 2000, S. 30-33.
- TAVINI HUIRAATIRA (Hrsg.) 1997. *Independence and Sovereignty for Te Ao Maohi (French Polynesia).* Faaa: Mairie de Faaa.

Elektronische Quellen:

- Nouvelle Calédonie / Organisation / Accord de Nouméa <http://www.gouv.nc/AccordNea.htm> Rev. 2002-03-08
- Nouvelle Calédonie / Organisation / Accord de Nouméa / Préambule <http://www.gouv.nc/preambule.htm> Rev. 2002-03-08
- Nouvelle Calédonie / Organisation /Accord de Nouméa / Document d'orientation <http://www.gouv.nc/doc_orient.htm> Rev. 2002-03-08
- Le Statut de la Polynésie française <http://www.presidence.pf/index.php?32> Rev. 2002-03-10

Bildnachweis

- S. 2: Maurice Lenormand: entnomen aus: Pacific Islands Monthly, Februar 1979, S. 27.
- S. 3: Pouvanaa a Oopa: Archives ss.cc, Rom.
- S. 3: Francis Sanford: entnommen aus: Haupert, Yves 1998. Francis Sanford au cœur ouvert. Papeete: Au vent des îles, S.XI.
- S. 4: Jean-Marie Tjibaou: entnommen aus: Raluy, Antonio 1990. La Nouvelle-Calédonie Paris: Karthala.

- S. 4: Jacques Lafleur: entnommen aus: Lafleur, Jacques 2000. L'assiégé. Paris: Plon, Umschlagrückseite.
- S. 5: Gaston Flosse: entnommen aus: Wahlkampfbroschüre seiner Partei aus dem Jahr 2001.
- S. 5: Oscar Temaru: eigenes Foto des Autors
- S. 7: entnommen aus: Raluy, Antonio 1990. La Nouvelle-Calédonie.
- S. 9: Präsidentenpalast: eigenes Foto des Autors